



Kulturwandel statt Klimawandel

Misereor-Chef Spiegel (Foto)
mahnt grundlegende Wende an

► Seiten 2 und 3

Deutschland braucht ein Klima-Sofortprogramm

Deutsche Umwelthilfe: Sonst
werden Klimaschutzziele verfehlt

► Seiten 16 und 17

Kleinwächter: Es muss überall etwas passieren!

Die Klimamanagerin des Bistums
Trier im Interview

► Seiten 6 bis 8

Sonderbeilage der zwei Bistumszeitungen zur UN-Klimakonferenz COP23 in Bonn

Vom Verhandeln zum Handeln kommen

Die 23. Weltklimakonferenz vom 6. bis 17. November in Bonn wird nach Angaben der Bundesregierung die größte zwischenstaatliche Konferenz, die es je in Deutschland gegeben hat.

Von Bruno Sonnen

Zu der Konferenz erwarte man bis zu 25 000 Teilnehmer aus aller Welt, sagte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks am 19. Oktober auf einer Pressekonferenz im Vorfeld des Treffens. Erwartet werden auch rund 500 Nichtregierungsorganisationen und mehr als 1000 Journalisten. Diese so genannte Vertragsstaatenkonferenz (englisch: Conference of the Parties – kurz COP) versammelt sich in Bonn zum 23. Mal und trägt daher die Abkürzung COP 23. Inhaltlich geht es vor allem um die konkrete Umsetzung des 2015 in Paris beschlossenen Klima-Abkommens, das bis jetzt 168 Staaten ratifiziert haben.

Die Republik Fidschi – eine kleine Inselgruppe im Süd-Pazifik – hatte sich bereit erklärt, die Präsidentschaft zu übernehmen, ist jedoch nicht in der Lage, die Konferenz auf Fidschi auszurichten, Deutschland ist daher als „technischer Gastgeber“ eingesprungen.

Ein Regelbuch und ein Zweizonenkonzept

Hendricks rechnet nicht damit, dass die USA nach dem angekündigten Ausstieg aus dem Pariser Abkommen in Bonn wieder mit ins Boot geholt werden können. Als Erfolg wertete sie es, dass bislang kein weiteres Land dem Beispiel der Vereinigten Staaten gefolgt ist. Als Herausforderungen der künftigen Klimapolitik in Deutschland benannte Hendricks



Spuren der Verwüstung: Haiti wurde 2016 vom Hurrikan „Matthew“ heimgesucht.

Foto: action press

unter anderem eine grundlegende „Mobilitätswende“ sowie einen Wandel in der Energiewirtschaft.

Viele Staaten erwarteten in Bonn konkrete Fortschritte bei der Formulierung der Umsetzungsrichtlinien des Pariser Abkommens, berichtete Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth von Treffen zur Vorbereitung für die Bonner Konferenz. Konkret gehe es darum, ein Regelwerk vorzubereiten, wie weltweit die Treibhausgasemissionen gemessen und dokumentiert werden können, damit transparent werde, wo die einzelnen Staaten bei der Erreichung der Klimaschutzziele stehen. Das war in Paris noch unerledigt geblieben. Dieses so genannte Regelbuch soll dann bei der COP 24 im polnischen Kattowitz 2018 verabschiedet werden.

Die Konferenz in Bonn wird einem „Zweizonenkonzept“ folgen. In der

von der Präsidentschaft der Republik Fidschi geprägten „Bula-Zone“ werden die eigentlichen Verhandlungen stattfinden. „Bula“ ist Fidschi und heißt „Willkommen“.

In der „Bonn Zone“ in der Rheinaue werden Regierungen, Vertreter von Kommunen und Ländern und nicht-staatliche Akteure wie Nichtregierungsorganisationen, Vertreter der Wirtschaft und der Industrie oder andere Teile der Zivilgesellschaft die Möglichkeit haben, ihre Klimaschutzinitiativen und -projekte vorzustellen.

Ziel sei es, so heißt es im Umweltministerium, einer Vielzahl von Akteuren Raum zu geben, um zu zeigen, „was weltweit bereits passiert zur Treibhausgasminderung, zur Anpassung an den Klimawandel und für die Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft“. „Bei der

Konferenz in Bonn kommt es mehr den je darauf an, dass zum Verhandeln auch das Handeln kommt“, betonte Hendricks.

Rund um die Weltklimakonferenz gibt es weitere Veranstaltungen – auch kirchlicher Akteure. So geht es etwa unter dem Motto „Unser gemeinsames Haus“ am 3. November im Katholisch-Sozialen Institut in Siegburg um „kirchliche Perspektiven zur Umsetzung des Weltklimavertrages in Deutschland“. Veranstalter sind Misereor, der Bund der deutschen Katholischen Jugend und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Am 4. November findet um 12 Uhr auf dem Münsterplatz in Bonn eine Demonstration unter dem Motto „Klima schützen – Kohle stoppen“ statt, ebenfalls mit kirchlicher Beteiligung.

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

„Wie kein anderes Thema des jungen 21. Jahrhunderts bündelt die Klimakrise die drängendsten Fragen unserer Zeit: Armut, Hunger, Ungleichheit, Ausbeutung, Zerstörung von Natur und Kultur – keiner dieser Herausforderungen kann ohne die entschlossene Minderung der Treibhausgase, die unaufhörlich aus der weltweiten Produktions-Konsumptions-Maschine entweichen, wirksam begegnet werden. Denn wenn wir den Planeten achtlos aus dem Gleichgewicht bringen, wenden sich die Elemente gegen uns. (...) Dennoch stellt sich die Politik in den USA, in Deutschland und fast überall auf der Welt blind und taub gegenüber dem Klimawandel, der allenfalls als Irritation unserer wohlständigen Selbstgefälligkeit empfunden wird.“

Kein Geringerer als der Direktor des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber, hat vor wenigen Wochen bei der Herbst-Vollversammlung der deutschen Bischöfe noch einmal auf die dramatische Lage der Welt in Sachen Klimawandel hingewiesen. Dass sie sich einen ganzen Studientag lang mit dem Thema beschäftigt haben, zeigt, wie sehr die Bischöfe Schöpfungsverantwortung als zentrale Herausforderung betrachten.

Insgesamt, so sind wir sicher, müssen wir als Kirche das, was uns Papst Franziskus mit „Laudato si“ ins Stammbuch geschrieben hat, noch viel mehr beherzigen und entsprechend handeln. Auch um das zu befördern – und anlässlich der Klimakonferenz im November in Bonn –, haben wir die Beilage gemacht, die Sie in Händen halten, und setzen damit auch die bewährte Zusammenarbeit zwischen „Paulinus“ und „pilger“ fort.

Wir danken besonders Misereor sowie allen Autorinnen und Autoren für die gute Zusammenarbeit und wünschen eine anregende Lektüre! Herzlich

Bruno Sonnen, Norbert Rönn



Bruno Sonnen,
„Paulinus“.



Norbert Rönn,
„der pilger“.



Immer dramatischer wüten Hurrikane wie hier in der Karibik.

Kulturwandel statt Klimawandel

Die Enzyklika „Laudato si“ ermutigt dazu, die Herausforderung Klimawandel entschlossen anzugehen.

Von Pirmin Spiegel

Ein Teil der Menschheit hat es geschafft, das Klimasystem aus dem Takt zu bringen – der andere, wesentlich größere Teil leidet besonders unter den zerstörerischen Folgen. Der Kurs für eine zugleich ökologisch nachhaltige und sozial gerechte globale Entwicklung muss daher neu bestimmt werden. Technologische Lösungen sind wichtig, werden aber alleine die Erderwärmung nicht aufhalten. Unsere Wirtschafts- und Lebensweisen sind erst dann zukunftsfähig, wenn wir sie an den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Solidarität ausrichten. In diesem Sinne ist Laudato si' (LS) mit dem Untertitel „Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ eine Enzyklika über Fragen der Gerechtigkeit, die sich aus weltweiter Armut und Umweltzerstörung ergeben. Sie ermutigt, anstehende Herausforderungen entschlossen anzugehen.

Wichtige Elemente des Klimasystems der Erde erwärmen sich: die Atmosphäre, Ozeane sowie die Eisschilde und Gletscher. Das zeigt

der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur an der Oberfläche der Erdmassen und der Ozeane um fast ein Grad gegenüber vorindustriellem Niveau. Die Erwärmung der Atmosphäre und der Ozeane trägt neben dem Abschmelzen der Landeis Massen zu einem anhaltenden Meeresspiegelanstieg bei. Temperaturextreme, Wirbelstürme wie Irma oder das El Niño-Phänomen treten verstärkt und in kürzeren Zyklen auf. Die polaren Eismassen und die Gebirgsgletscher ziehen sich drastisch zurück. In Armut lebende Menschen trifft der Klimawandel im Besonderen: Regen- und Trockenzeiten verschieben sich und Ernten fallen aus. Hurrikane erreichen unbekannte Intensität und Zerstörungskraft, Starkniederschläge nehmen zu und reißen gerade die Hütten der Ärmsten mit. Der steigende Meeresspiegel überflutet erste bewohnte Inseln im Pazifik. Erdbeben werden häufiger, Gletscher – wichtige Trinkwasserreserven – schmelzen unwiederbringlich ab.

In diese Situation hinein richtet sich Papst Franziskus „an alle Menschen, die auf der Erde leben“ mit seiner Enzyklika Laudato si'. Die Überwindung der Armut in all ihren Formen und der Schutz der Mitwelt sind untrennbar verbunden. Es ist Aufgabe der gesamten

Menschheit, gerade der Kirchen, Armut und Umweltzerstörung als Zusammenhang zu denken und die Ursachen entschieden anzugehen. Dabei sind es vor allem wir, die Menschen in den frühindustrialisierten Ländern und die Wohlhabenden dieser Welt, die weit über dem Niveau leben, das die Erde aushält. Auch wenn heute ein Großteil der Emissionen in sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern entsteht, so bleiben die Pro Kopf-Emissionen in Entwicklungsländern weiter niedrig, während sie in den „alten“ Industrieländern auf viel zu hohem Niveau verharren. So behält das bereits 1992 auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro beschlossene Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ als handlungsleitendes Motiv globaler Umweltpolitik an Bedeutung.

**Unsere Art zu leben
ist nicht zukunftsfähig**

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und das Pariser Klimaabkommen skizzieren wesentliche Schritte der internationalen Staatengemeinschaft, um den aktuellen Bedrohungen des Lebens und Zusammenlebens auf der Erde noch rechtzeitig zu begegnen. Im Juni 2015, kurz vor den Beschlüs-



Die andere Seite: Dürre und Trockenheit, hier ein ausgetrocknetes Flussbett im Gran Chaco in Argentinien.

Fotos: Imago

sen der Vereinten Nationen, hat Papst Franziskus das Lehrschreiben *Laudato si'* veröffentlicht. Es wurde zur weit beachteten Antwort der katholischen Kirche auf die weltweiten Herausforderungen. Die Analyse dahinter: Das vorherrschende kohlenstoff- und rohstoffintensive Produktions- und Lebensmodell ist nicht zukunftsfähig.

Fortschritt muss neu definiert werden

Die Industrienationen haben die Atmosphäre bereits übermäßig mit Treibhausgasen überladen und anderen Staaten dadurch den Wachstumspfad auf Grundlage der Verbrennung fossiler Rohstoffe verbaut. Gleichzeitig verfügen sie – nicht zuletzt durch die Verbrennung von Kohle und Öl – über enorme finanzielle und technische Möglichkeiten. Doch technologische Lösungen allein halten die Erderwärmung nicht auf. „Die Menschheit ist aufgerufen, sich der Notwendigkeit bewusst zu werden, Änderungen im Leben, in der Produktion und im Konsum vorzunehmen, um diese Erwärmung oder zumindest die menschlichen Ursachen, die sie hervorrufen und verschärfen, zu bekämpfen“ (LS 23). Auch die Kirchen in Deutschland sind aufgerufen, in ihren eigenen Reihen die Impulse des Papstes zu diskutieren und Konsequenzen zu ziehen. Die Palette ist breit, sie schließt energieeffizientes Gebäudemanagement, ökosoziales Beschaffungswesen und Mobilitätsverhalten ein. Obwohl Bischöfe und Kirchenverwaltungen in diese Richtung aufbrechen, gibt es vor Ort auch zahlreiche Widerstände. Das Neue muss sich beharrlich gegen altherge-

brachte Gewohnheiten behaupten. Konsequenterweise schlägt der Papst vor, Fortschritt neu zu definieren (LS 194). Mit kleinen gesellschaftlichen Veränderungen hier und da ist es nicht mehr getan.

Dabei will der Papst keine letzten Wahrheiten zur Ökologie verkündigen, sondern ruft aus Sorge um die Hungernden und die Mitwelt die Menschen zum Umdenken und Mit-tun auf. Auch wenn Papst Franziskus uns durchaus betroffen machen möchte angesichts der gravierenden aktuellen Probleme, so wählt er vor allem ermutigende Worte, die zur ökologischen Umkehr motivieren. „Während die Menschheit des postindustriellen Zeitalters vielleicht als eine der verantwortungslosesten der Geschichte in der Erinnerung bleiben wird, ist zu hoffen, dass die Menschheit vom Anfang des 21. Jahrhunderts in die Erinnerung eingehen kann, weil sie großherzig ihre schwerwiegende Verantwortung auf sich genommen hat“ (LS 165). Es brauche „ein Gespräch über die Art und Weise, wie wir die Zukunft unseres Planeten gestalten“ (LS 14). Nicht mehr eine Religion, ein Staat oder eine internationale Organisation können die Probleme der Welt lösen. Es geht nur in der Kooperation aller.

Mit Blick auf die internationalen Klimaverhandlungen und die dringende notwendige Minderung von Treibhausgasemissionen verlangt der Papst „Ehrlichkeit, Mut und Verantwortlichkeit vor allem der Länder, die am mächtigsten sind und am stärksten die Umwelt verschmutzen“ (LS 169). Aber er ruft auch die gesamte Menschheit auf, „sich der Notwendigkeit bewusst zu werden, Änderungen im Leben, in der Produktion und im

Konsum vorzunehmen, um [die Klimaerwärmung] oder zumindest die menschlichen Ursachen, die sie hervorrufen und verschärfen, zu bekämpfen“ (LS 23). Das Klima als Gemeingut zu verstehen, bedeutet also zu erkennen: Mein Sein und Handeln ist in die Mitwelt und in die gesamte Menschheitsfamilie eingebunden.

Misereor fördert Partnerorganisationen in Afrika, Asien, Ozeanien und Lateinamerika, auch im Kampf gegen die Folgen eines zerstörerischen Energiesystems. So unterstützen wir etwa mehrere Partnerorganisation bei ihrem Widerstand gegen einen Kohle-Bergbau in Südafrika, der Böden, Wasser und Luft verschmutzt. Angesichts der immer häufiger auftretenden schweren Naturkatastrophen hält Misereor intensiven Kontakt mit seinen Projektpartnern in den betroffenen Regionen, um bei Bedarf schnell reagieren und die Partner bei der Nothilfe mit einer langfristigen Perspektive unterstützen zu können.

Den Mächtigen ins Gewissen reden

„Den Mächtigen ins Gewissen reden“ ist Teil des Gründungsauftrages von Misereor. Durch Advocacy- und Lobbyarbeit im Bereich Klimaschutz will Misereor Veränderungen von strukturellen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorantreiben. Wir stehen auch damit an der Seite der Armgemachten, denn die Auswirkungen unserer Lebens- und Wirtschaftsweise auf das Leben dieser Menschen stehen dabei im Mittelpunkt. Neben der Projektarbeit mit Partnern im „Globalen Süden“ ist diese Arbeit ein wichtiger

Beitrag, um Entwicklungschancen zu sichern. Daher setzt sich Misereor dafür ein, dass Deutschland ambitionierte Klimaziele verfolgt und umsetzt und ausreichend finanzielle Mittel für Klimaschutz und Anpassung einsetzt. Die Bedürfnisse und Rechte der ärmeren Bevölkerungsgruppen müssen in der Klimakooperation Beachtung finden.

Zielgruppen dieser Arbeit im Bereich Klimaschutz sind vor allem Politiker, Wirtschaftslenker und gesellschaftspolitisch einflussreiche Akteurinnen und Akteure. Aber auch die breitere Öffentlichkeit soll durch Kampagnen-Arbeit, wie etwa unser Engagement in den Klimaverhandlungen bei der internationalen Klimakonferenz im November in Bonn, informiert werden. Misereor arbeitet dabei in Bündnissen mit anderen kirchlichen und außerkirchlichen Akteuren der deutschen und internationalen Zivilgesellschaft wie etwa der Klima-Allianz Deutschland, dem Verband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (VENRO) oder dem internationalen Netzwerk katholischer Hilfsorganisationen (CIDSE).

Für Misereor ist die Enzyklika Bestätigung und Motivation, auf der Basis einer schöpferischen Spiritualität, auf der Basis von Menschenwürde und Achtung der Schöpfung, sich weiterhin weltweit für Gerechtigkeit einzusetzen. Deswegen öffnet es Räume, damit die Stimmen der Armen gehört und die Wunden der Erde wahrgenommen werden.

Unser Autor Pirmin Spiegel ist Priester des Bistums Speyer und Hauptgeschäftsführer von Misereor.



Der Planet erwärmt sich. Den Eisbären schmilzt das Eis buchstäblich unter den Pfoten weg.

Foto: Imago

Die globale Klimakrise setzt den Bonner Gipfel unter Erfolgsdruck

Die globale Klimakrise macht auf sich aufmerksam: 2014, 2015, 2016 gab es dreimal hintereinander das wärmste Jahr seit Temperaturmessung. Dieses Jahr ist trotz eines abkühlenden El Ninos bisher das zweitwärmste Jahr.

Von Christoph Bals

Ein heftiger Monsun in Asien und Rekordhurrikans mit Rekordregen setzen ganze Regionen in Angst und Schrecken. Der ganze Mittelmeerraum war in den letzten Monaten von Dürre und extremer Hitze betroffen. Nie hatten die Ozeane bei beiden Polkappen zusammen genommen weniger Eisbedeckung als dieses Jahr.

Keine Frage – mit dem globalen Klimawandel lässt sich nicht verhandeln. Solange die Konzentrationen von CO₂ in der Atmosphäre steigen,

solange nehmen die Risiken zu. Und überall auf dem Planeten, aber vor allem in den armen Ländern, ist besonders betroffen, wer arm ist. Diese Menschen sind oft direkt den Wetterextremen und deren Konsequenzen für Ernährung und Wasser ausgesetzt. Und sie haben kein Geld, um sich aufwändig vor Folgen des Klimawandels wie Extremregen, Hitzeperioden oder Sturmfluten zu schützen oder sich zu versichern.

Im Jahr 2015 haben sich die Regierungen der Welt einen Ruck gegeben – und ja zum Paris-Abkommen gesagt. In Rekordzeit trat das Abkom-

men in Kraft. Die Regierungen kündigten an, die globale Erwärmung deutlich unter der Großgefahrenschwelle von zwei Grad Celsius zu begrenzen, wenn möglich sogar unter 1,5 Grad. Die reicheren Länder versprachen für die armen jährlich hundert Milliarden Dollar zu mobilisieren, um sie bei Klimaschutz oder Schutz vor den Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Vor Paris war die Welt auf einem Pfad in eine Welt, die im Durchschnitt fünf Grad wärmer ist als zu vorindustrieller Zeit. Die Regierungen legten in Paris nationale Ziele vor, deren Umsetzung immerhin den ersten Schritt bedeuten würde, eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf etwa drei Grad. Zugleich beschlossen die Regierungen angesichts der immer noch sehr hässlichen Lücke zur Großgefahrenschwelle von deutlich unter

zwei Grad, wenn nicht 1,5 Grad, es nicht bei den eingereichten Klimazielen zu belassen. Alle fünf Jahre, beginnend 2018–20, sollen die Ziele nachgebessert werden.

Es gibt auch hoffnungsvolle Tendenzen

Seit Paris machen eine Reihe von Anzeichen Mut, dass tatsächlich weltweit ein Wandel in Gang gekommen ist. Ein Teil des Wandels zeichnete sich schon in Paris ab und hat den Erfolg mit ermöglicht, andererseits hat die Dynamik durch Paris einen kräftigen Schub bekommen.

► In den letzten drei Jahren sind erstmals überhaupt seit der industriellen Revolution in Jahren ohne Wirtschaftskrise die energiebedingten Emissionen weltweit nicht mehr gestiegen.

► Seit 2015 ist der Kohleverbrauch weltweit nicht gestiegen, sondern gesunken, im Jahr 2016 um etwa sechs Prozent – mehr als je zuvor. China und Indien haben jüngst 68 Gigawatt an geplantem Kohlezubau gestrichen. In den USA und der EU wurden in den beiden letzten Jahren 64 Gigawatt an Kohleleistung still gelegt.

► Die Prognosen für das Wachstum von Windenergie sind weltweit seit dem Jahr 2000 auf das Sechsfache hochgeschraubt worden, die für Sonnenenergie sogar auf das 14fache. Bereits in 30 Staaten sind Sonne und Wind kostengünstiger als fossile Energieträger – ohne jede Subvention. Es gibt ständig neue Preisrekorde bei Auktionen zur Herstellung von Solarstrom: in Indien vier Cent/kwh, in Abu Dhabi 2,42 Cent/kwh und in Mexiko 2,5 Cent/kwh. Das kann kein fossil betriebenes Kraftwerk anbieten.

► Der Verkauf von Elektroautos steigt inzwischen weltweit exponentiell an. In China, in den USA, in Japan, in Kanada, in Norwegen, in Frankreich, in Schweden, in den Niederlanden. Das hilft allerdings nur, wenn tatsächlich der Anteil an erneuerbarem Strom zügig steigt.

► Das Bikesharing in großen Städten gab es im Jahr 2000 weltweit erst in fünf, heute bereits in mehr als 1000 Städten. Beim Car- und Ridesharing ist nun auch in China und Indien eine sehr dynamische Entwicklung zu beobachten.

► Waren im Jahr 2000 erst 13 Prozent der globalen CO₂-Emissionen mit einem CO₂-Preis abgedeckt, so sind es inzwischen immerhin schon 25 Prozent.

► Und in einigen wichtigen Regionen – in Afrika zum Beispiel im Niger – sind große Flächen an degradiertem Land wieder so verbessert worden, dass sie neu ergrünen konnten.

Der klimapolitischen Geisterfahrt der USA trotzen

Was für das Klima ein Hoffnungszeichen ist, ist aber für andere ein Alarmsignal. Ein Teil der Unternehmen und Einzelpersonen, die durch den notwendigen zügigen Abschied von Kohle, Öl und Gas zu den Verlierern gehören würden, treten nicht einfach an die Seite – sondern kämpfen mit immer problematischeren Methoden dagegen. Donald Trump, dessen größte finanzielle Unterstützer im Wahlkampf aus den fossilen Unternehmen kamen, organisiert den weltweiten Widerstand gegen die notwendige Transformation. Dies ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Es gilt strategisch vorzugehen – und die Dynamik der positiven Trends zu nutzen.



Fahrradstation in Bochum. Fahrradverleih (Bikesharing) gibt es in immer mehr Städten weltweit. Ein Schritt in die richtige Richtung. Foto: Imago

In und außerhalb des Verhandlungsraums müssen neue Allianzen, etwa die EU, China und Kanada, ein deutliches Signal setzen, dass die Welt das Paris-Abkommen entschieden umsetzt – trotz der klimapolitischen Geisterfahrt der US-Regierung. Die Kooperation mit den vielen US-Bundesstaaten und Regionen muss organisiert werden, die angekündigt haben, dass sie sich noch als Teil des Paris-Abkommens verstehen. „Wir sind noch in Paris“, heißt eine wirkmächtige Initiative von solchen US-Akteuren.

Eine treibende Rolle für den internationalen Klimaschutz spielen immer stärker auch die etwa 50 Staaten des „Climate Vulnerable Forums“ – das sind besonders verwundbare Staaten –, zu dem auch Fidschi gehört. Diese wollen selber Vorreiter für Klimaschutz und Anpassung sein und drängen die anderen Staaten zur

Kooperation. Es ist zu hoffen, dass sich weitere afrikanische und lateinamerikanische Staaten dem anschließen.

Der deutsche Klimazug ist ins Stocken geraten

Viele erwarten beim Aufbau einer solchen weltweiten Allianz eine wichtige Rolle der EU und gerade auch Deutschlands. Doch während die deutsche Regierung international viel konstruktiv vorangetrieben hat, ist der Klimazug in Deutschland ins Stocken geraten. Heute liegen die Emissionen in Deutschland nicht tiefer als 2009, im Verkehrsbereich sogar nicht tiefer als 1990. Das Klimaziel für 2020, eine Reduktion von 40 Prozent gegenüber 1990, droht krachend verfehlt zu werden. Und wenn im Koalitionsvertrag nicht die notwendigen Maßnahmen festgeklopft

werden, um das Ziel für 2030 zu erreichen – das sind 55 Prozent –, dann rutscht bald auch dieses außer Reichweite.

Von daher hat der UN-Klimagipfel in Bonn einen doppelten Sinn, einerseits den die Klimaverhandlungen voranzubringen. Dazu drei Hinweise:

Erstens: nachdem 2015 in Paris Völkerrecht geschaffen wurde, muss bis 2018 nun ein Paket an Verordnungen beschlossen werden, um dieses Völkerrecht umzusetzen: In welcher Form sind Klimaziele und ihre Umsetzung regelmäßig zu berichten? Wie werden die im Fünf-Jahresrhythmus stattfindenden Zielerhöhungsrunden ab 2023 organisiert? Wie wird berechnet, was an Klimafinanzierung geleistet und erhalten wird?

Zweitens muss die erste Nachbesprechungsrunde für Klimaziele und -kooperationen in 2018 organisiert werden, die beginnen soll, die hässliche Kluft zwischen dem Ziel des Paris-Abkommens, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad, zu begrenzen, und den bisher vorliegenden nationalen Klimazielen zu schließen.

Drittens muss es Fortschritte in Bezug auf die internationale Klimafinanzierung geben. Die Präsidentschaft der Klimagipfels aus dem Inselstaat Fidschi wird besonders darauf drängen, dass der Anpassungsfonds des Kyoto-Protokolls, der auf die Unterstützung der besonders betroffenen Menschen und Länder zugeschnitten ist, vom Kyoto-Protokoll ins Paris-Abkommen überführt wird. Aber auch der große neue „Green Climate Fonds“ bedarf neuen Rückenwinds.

Global verhandeln und zuhause handeln

Zum anderen aber ist es auch wichtig, dass der Klimagipfel den notwendigen Druck auf die deutschen Klimaverhandlungen ausübt, damit Deutschland endlich auch in der Umsetzung der Klimapolitik wieder eine Führungsrolle einnimmt. Deshalb lädt die Zivilgesellschaft am 4. November zu einer Demonstration nach Bonn ein, vor allem um Druck zu machen, dass in den nächsten Jahren die Hälfte der deutschen Kohlekraftwerke vom Netz geht. „Global verhandeln – zuhause handeln“ muss das Motto sein.

Unser Autor Christoph Bals ist politischer Geschäftsführer der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. Sie engagiert sich für globale Gerechtigkeit und den Erhalt von Lebensgrundlagen.



Watford City, North Dakota, USA: Erdgas wird beim Abpumpen von Öl abgefackelt, da keine Rohrleitungen gebaut wurden, um es in das System einzuspeisen.

Es muss überall etwas passieren!

Zu den Menschen, die sich im Bistum Trier für die Bewahrung der Schöpfung einsetzen und mit besonders wachem Auge nach Bonn schauen werden, gehört die Klimamanagerin des Bistums, Charlotte Kleinwächter. Sie ist seit 1. September 2016 im Amt. Bruno Sonnen hat nachgefragt.

Frau Kleinwächter, wo liegen aus Ihrer Sicht die drängendsten Herausforderungen bei der „Bewältigung“ des globalen Klimawandels? In welchen Bereichen muss am schnellsten etwas geschehen, sich also Politik stärker bewegen als sie es bisher tut?

Im Grunde ist es egal, passieren muss überall etwas! Denn die Menschheit lebt seit geraumer Zeit jenseits von ökologischer Vernunft.

Da ist zum einen die globale Energiewende. Der menschliche Energiehunger scheint schier unerschöpflich. Das wäre vielleicht noch handhabbar, wenn nicht vor allem die fossilen Energieträger wie Kohle, Öl und Atomkraft den steigenden Bedarf stillen sollten. Über Jahrmillionen gebundenes Kohlendioxid wird damit innerhalb kürzester Zeit freigesetzt. Die technische Kreativität, mit der Kohle und Öl unter immer schwierigeren Bedingungen der Erde entlockt werden – wenn wir zum Beispiel an das Fracking denken –, wünschte ich mir für die Nutzung von erneuerbaren Energien. Die Politik sollte hier die richtigen Anreize setzen.

Auch die Landwirtschaft ist eng verknüpft mit dem Klimawandel: Sie ist unmittelbar betroffen von klimatischen Veränderungen, aber sie beeinflusst das Klima selber in beträchtlichem Maße. Zum Beispiel durch massive Abholzungen zugunsten von Fleischproduktion oder durch Trockenlegungen von Mooren und Feuchtwäldern für Ackerbau. In beiden Fällen werden große Mengen an CO₂ freigesetzt. Die globale Politik begünstigt leider viel stärker agrarindustrielle Strukturen gegenüber der kleinbäuerlichen, in der Regel viel klima- und menschenverträglicheren Landwirtschaft.

Die Politik könnte auch beim Verkehr für Klimaverträglichkeit sorgen. Wie kann es zum Beispiel sein, dass das klimaschädliche Fliegen zu Dumpingpreisen möglich ist? Warum werden die Autos weltweit immer mehr und immer größer? Wieso wird zunehmend Fracht von der Schiene auf die Straße verlagert?

Für mich persönlich zählt jedoch zu den drängendsten politischen Herausforderungen die Tatsache, dass der Klimawandel sich so unterschiedlich und offensichtlich unge-



Charlotte Kleinwächter, Klimamanagerin des Bistums Trier.
Foto: Zeljko Jakobovac

recht auswirkt. Akut bedroht sind insbesondere Regionen, deren Bewohnerinnen und Bewohner nichts oder höchstens äußerst wenig zum Klimawandel beigetragen haben.

Der Meteorologe und Klimaforscher Mojib Latif hat nach der Flutkatastrophe von Houston von Grenzen der Anpassungsmöglichkeiten an den Klimawandel (Dämme etc.) gesprochen, weil die Klimaereignisse immer extremer werden. Teilen Sie seinen Pessimismus? Müssen wir manche Regionen und Orte der Erde bereits abschreiben? Südseeinseln? Küstenstädte?

Als studierte Diplom-Geographin schätze ich die Fachexpertise von

Mojib Latif als einen der führenden Klimaforscher Deutschlands sehr, insofern ist Pessimismus sicher angezeigt. Zumal meine langjährigen Erfahrungen im Bereich der Nachhaltigkeit mich gelehrt haben, wie zäh und langwierig Veränderungsprozesse beim menschlichen Verhalten in der Regel ablaufen.

Das System Klima ist jedoch komplex und reagiert träge, so dass der Klimawandel nur mit ausreichend zeitlichem Vorlauf aufgehalten beziehungsweise eingedämmt werden kann. Wenn wir heute unsere Treibhausgas-Emissionen drastisch reduzieren, ist morgen leider noch nichts davon zu merken. Der Meeresspiegel wird trotzdem noch eine Zeit lang weiter ansteigen – erst recht, wenn

CO₂-Schleudern: Braunkohlekraftwerke im Braunkohlegebiet Garzweiler in Nordrhein-Westfalen.

Fotos: Imago

die Emissionen weiterhin auf dem heutigen Niveau stagnieren. Nicht umsonst fordern insbesondere die Inselstaaten auf den UN-Klimagipfeln drastisches und schnelles Handeln für den Klimaschutz ein.

Als Christin bin und bleibe ich jedoch voller Hoffnung. Sie gibt mir den Mut, mich für die Überwindung schlechter Lebensbedingungen und Zustände auch dann einzusetzen, wenn es aussichtslos scheint.

Wo steht die Klimapolitik in Deutschland zurzeit aus Ihrer Sicht? Angela Merkel galt ja mal als Klimakanzlerin. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent, bis 2040 um 70 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren (jeweils bezogen auf das Basisjahr 1990). Mittlerweile steht fest, dass diese Ziele nicht erreicht werden, wenn es so weitergeht wie bisher. Was muss in Deutschland passieren?

Wenn ich an die diesjährigen Bundestagswahlen denke, bei denen eine Partei Einzug ins Parlament gehalten hat, die den menschenverursachten Klimawandel mindestens in Zweifel zieht, wird mir schon mulmig. Denn auch bisher funktionierte die deutsche Klimapolitik eher nach dem Motto „Wasch mich, aber mach mich nicht nass!“ Also schon Klimaschutz fordern und fördern, solange es das gewohnte Geschäft nicht zu sehr stört.

Es gibt in Deutschland eine große Abhängigkeit von Industrie-Arbeits-

plätzen. Leider fehlen Politik und auch Wirtschaft Visionen für ein verändertes Wirtschaftssystem. Die Frage muss doch lauten, wie wir Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung erhalten oder schaffen können, ohne auf permanentes Wachstum zu setzen. Denn ein begrenztes System, das unsere Erde nun mal ist, kann nicht endlos Ressourcen zur Verfügung stellen.

Es gibt zum Glück Ansätze in der Politik, die optimistisch stimmen. Zum Beispiel die nationale Klimaschutzinitiative: in zahlreichen Kommunen und Kirchen unterstützen Bundesfördergelder den Klimaschutz vor Ort, auch unser Bistum Trier profitiert davon. Diesen Ansatz finde ich wichtig, denn auf lokaler Ebene werden die Menschen unmittelbar erreicht.

Natürlich könnte es noch viel mehr Anreize geben, vor allem für die Energiewende. Ich halte die Förderung von E-Bikes für effektiver als die von E-Autos. Etliche Zweit- oder Drittautos würden stehen bleiben und es gäbe wieder mehr Platz in den Städten. Ich wünschte mir auch Anreize für die Herstellung beziehungsweise den Kauf nachhaltiger Produkte.

Sie sind Klimamanagerin eines Bistums. Was kann ein Bistum tun, um einen wirkungsvollen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel und zur Bewahrung der Schöpfung zu leisten?

Die Frage sollte vielleicht noch besser heißen, was muss ein Bistum tun im Kampf gegen den Klimawandel?

Denn in der Bereitschaft, verantwortlich mit den Gütern der Schöpfung umzugehen, sie zu schützen, zu pflegen und gerecht zu teilen, wird die Liebe Gottes zu allen Geschöpfen erfahrbar.

Was sind dabei die konkreten Aufgaben eines Bistums? Natürlich ist die Verkündigung wichtig! Die Bibel bietet zahlreiche Bezüge zum Thema. Mit der Internet-Plattform nachhaltig-predigen.de, die von vielen Bistümern und Landeskirchen getragen wird, gibt es übrigens wertvolle Unterstützung.

Doch predigen alleine reicht nicht!

Viel glaubwürdiger ist das gesprochene Wort, wenn es durch praktische Taten untermauert wird. Die Bistümer und evangelischen Landeskirchen sind im Besitz zahlreicher Gebäude: diese energetisch zu sanieren zeigt den Außenstehenden, dass hier Klimaschutz ernst gemeint wird – und hat den praktischen Nebeneffekt, langfristig Geld zu sparen. Photovoltaikanlagen auf Kirchendächern oder Windkraftanlagen auf Kirchengrund können sichtbare Zeichen für den Klimaschutz sein – und finanzielle Spielräume ermöglichen.

Kirchenverwaltungen und -gemeinden sind eifrige Beschaffer. Hier gilt zuallererst die Maxime: nur kaufen, was wirklich gebraucht wird. Das spart Geld und natürliche Ressourcen. Was dann doch gekauft werden muss, das sollte öko-sozialen Kriterien standhalten. Auch wenn schnell das Kostenargument zu erwarten ist, so sollte doch gerade im kirchlichen Bereich die Wertfrage im



Die Kurzfassung des Klimaschutzkonzepts kann bestellt werden unter Telefon (06 51) 71 05-4 38, E-Mail energiebewusst@bistum-trier.de.

Vordergrund stehen: Wie viel lassen wir uns den Verzicht auf Kinderarbeit kosten?

Ja, und dann ist da noch das weite Feld der Mobilität. Auch hier ist von den Bistümern eine Vorbildrolle zu erwarten. Das Bistum Hildesheim ermöglicht seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen das sogenannte Jobrad-Leasing als Motivation, auf's Fahrrad umzusteigen. In der Erzdiözese Freiburg wurde gerade ein Modellprojekt zum Thema E-Mobilität abgeschlossen – und die E-Autos sind im Einsatz geblieben. Die Flüge sollten auf dem Prüfstand stehen. Job-Tickets begünstigen den Umstieg der Mitarbeitenden vom Auto zum öffentlichen Verkehr.

Wo steht das Bistum Trier denn da zurzeit?

Das Bistum Trier kann bereits auf eine lange Zeit strukturierten Engagements zur Bewahrung der Schöpfung zurück blicken. Schon 2003 hat es erstmals mit dem Energiesparfonds ein Förderinstrument zur Finanzierung von energetischen Maßnahmen aufgelegt. Seitdem folgten kontinuierlich weitere Schritte, unter anderem die Verabschiedung ökologischer Leitlinien, das Projekt „ENERGIEBEWUSST“, die jährliche Veröffentlichung von Energieberichten seit 2010 oder die Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes als Fahrplan für die Zukunft. Die jährlichen Kohlendioxidemissionen von 2010 sollen bis 2040 halbiert werden! Tatsächlich wurden auch schon erste Schritte dafür getan. Ein Beispiel: das Generalvikariat bezieht seit einiger Zeit Ökostrom und hat mittels Rahmenverträgen auch für Kirchengemeinden den Weg dafür geebnet.

Es gibt außerdem schon eine Reihe von Kirchengemeinden, die sich im Rahmen der Klimainitiative des Bistums engagieren.

Dennoch ist das Trierer Bistum meinem Gefühl nach noch ziemlich am Anfang einer langen Wegstrecke. Es fehlt die eindeutige Positionierung für die Schöpfungsverantwortung.

Oft stehen die Ziele des Klimaschutzes im Widerspruch zu anderen Bistumszielen und werden diesen untergeordnet. Knappe finanzielle Ressourcen sind häufig das Argument, energetische Sanierungen nicht über den gesetzlichen Standard hinaus zu vollziehen – wie es laut Klimaschutzkonzept vorgesehen ist. Der Denkmalschutz hat im Bistum eine viel längere Tradition als der Klimaschutz – sicher ein Grund dafür, warum es so wenig Photovoltaik-Anlagen auf kirchlichen Liegenschaften gibt.



Charlotte Kleinwächter überreicht Generalvikar Dr. Ulrich Graf von Plettenberg (links) und Dr. Gundo Lames die Energieberichte 2014 und 2015. Foto: Stefan Schneider



Schulung zum Energiebeauftragten: Kleinwächter mit Georg Düren aus Bad Hönningen (links) und Karl Knieps (rechts) aus Ahrweiler sowie Referent Stephan Zander.



Blick in die Schulungsrunde im Trierer Schönstattzentrum mit den angehenden Energie-Beauftragten und Referent Stephan Zander (stehend). Fotos(2): Stefan Endres

Was konnten Sie schon auf den Weg bringen? Wo liegen Arbeitsschwerpunkte der nächsten Zeit?

Mein erstes Jahr beim Bistum war vor allem dadurch geprägt, das Klimaschutzkonzept innerhalb des Bistums bekannt zu machen! Auch wenn es bereits 2015 verabschiedet wurde, ging seine Bekanntheit bei meinem Dienstantritt vor einem guten Jahr gegen null. Jetzt gibt es eine lesbare Kurzfassung, die ich eifrig

verteile. Noch wichtiger sind sicher die vielen Vorträge bei ganz unterschiedlichen Akteuren im Bistum – bei den Hausmeistern, den Rendanturen, bei den Pfarrsekretärinnen, den Schulleitern oder beim Netzwerk Bildung.

Klimaschutz ist eben eine Querschnittsaufgabe, die alle betrifft.

Insgesamt 66 Menschen haben in diesem Jahr die Schulungen für ehrenamtliche Energiebeauftragte besucht. Eine stolze Zahl, die im kom-

menden Jahr weiter wachsen soll. Zur finanziellen Unterstützung für die Kirchengemeinden bei ihren Energiesparmaßnahmen dient der frisch verabschiedete Klima-Fonds des Bistums.

Ergänzend habe ich im Frühjahr einen Förder-Ratgeber für Kirchen veröffentlicht.

Ich möchte die Kirchengemeinden auch durch fachliche Informationen unterstützen. So wird es im November eine Veranstaltung zum Thema Beheizen von Kirchen geben.

Im kommenden Jahr soll es gelingen, einige größere energetische Maßnahmen zu realisieren. In einigen Bistumsschulen steht die Modernisierung der Beleuchtung auf dem Plan. Das Museum am Dom bietet besonders große Energiesparpotenziale. Ich möchte ein Energiekonzept auf den Weg bringen, das als Fahrplan der konkreten Sanierungsmaßnahmen in den kommenden Jahren dienen soll.

2018 wird das Bistum Trier zusammen mit lokalen Partnern und dem ökom-Verlag ein Klimaschutzbuch publizieren. Denn die Öffentlichkeitsarbeit für kirchlichen Klimaschutz wird noch lange ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt für mich bleiben.

Man kann bisweilen durchaus den Eindruck gewinnen, dass das Thema „Bewahrung der Schöpfung“ in vielen Gemeinden noch nicht als ein christliches Kernanliegen wahrgenommen wird. Wie kann man das ändern?

Wie schon gesagt, viel, viel Öffentlichkeitsarbeit ist nötig. Zusammen mit dem Themenschwerpunkt Schöpfung in der katholischen Erwachsenenbildung plane ich darüber hinaus gemeinsame Veranstaltungen.

Ich verspreche mir zudem sehr viel von unserer aktuellen best-practice-Recherche „Klimaschutz im Bistum Trier“. Eine interaktive Bistumskarte zum Thema soll zeigen, wie Schöpfungsverantwortung gelebt werden kann und zum Nachmachen motivieren. Eine ähnliche Zielsetzung hatte übrigens auch der diesjährige Umweltpreis des Bistums, um den sich 35 kirchliche Projekte beworben haben. Er wird künftig im dreijährigen Turnus verliehen werden.

Nicht zuletzt bin ich froh drüber, dass die Trierer Diözesansynode Folgendes formuliert hat: „Die Orientierung des kirchlichen Lebens am jeweiligen Lebens- und Sozialraum verpflichtet auch zur Verantwortung für die Schöpfung. Fragen der Ökologie sind auch soziale Fragen, weil sie das Leben der Menschen betreffen.“